

# Tagesfragen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **22 (1930)**

Heft 8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

5. Eine kräftige Propaganda für die Demokratie zu führen, besonders unter jenen Gruppen der Bevölkerung der in Frage kommenden Länder, die die Herrschaft der Diktatur blind unterstützen.

6. Sich für das volle Asylrecht der Flüchtlinge einzusetzen, die infolge ihres Kampfes für die Demokratie aus Ländern der Diktatur flüchten mussten. Pässe, wie sie der Völkerbund ausstellt, sollen ihnen gesichert werden.

7. Im Kampfe für die Demokratie die engste Zusammenarbeit auf nationalem und internationalem Boden mit den sozialistischen Arbeiterparteien herbeizuführen und aufrecht zu erhalten.

---

## Tagesfragen.

Die Umfrage der französischen Regierung über einen **Zusammenschluss der europäischen Staaten** hat ein sehr verschiedenartiges Echo gefunden. Wenn auch die Frage für absehbare Zeit noch nicht praktisch greifbar ist, so mag es ganz gut sein, dass durch diese Umfrage eine gewisse Abklärung über die Stellung der einzelnen Länder und Wirtschaftsgruppen erfolgt ist. Die Haltung der verschiedenen Staaten wird freilich wie gewohnt durch die diplomatische Höflichkeit stark verschleiert. Der Widerstand würde erst recht offenbar werden, wenn man an die praktische Ausführung des Planes schreiten würde.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat die **Wünschbarkeit eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten** grundsätzlich bejaht, weil dieser eine logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung ist und ermöglichen würde, die wirtschaftlichen Kräfte des zersplitterten Europas richtig auszunutzen. Auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht der Schweizerische Bauernverband, was niemanden verwundern wird. Doch die Begründung, die der Vorstand des Bauernverbandes seiner Haltung gibt, ist unwahr. Es hat fast den Anschein, als ob er um der Industrie willen den heutigen Wirtschaftskrieg aufrecht erhalten möchte, während das ausschlaggebende Moment, die Erhaltung des Zollschatzes für die schweizerische Landwirtschaft, nur so nebenbei im letzten Punkt erwähnt wird.

Es ist unglaublich, wie beschränkt der Horizont der schweizerischen Bauernführer ist. Tagtäglich wird ihnen vordemonstriert, wie fest die Schweiz, und zwar die Landwirtschaft genau wie die Industrie, mit der Weltwirtschaft verbunden ist. Dennoch glauben sie, die schweizerische Landwirtschaft sollte ihren Käse möglichst ungehindert in alle Welt verschicken können, selbst aber geschützt sein gegen jede Einfuhr fremder Waren. Können solche Wirtschaftspolitiker überhaupt noch ernst genommen werden?

\*

Die « Berner Tagwacht » hat darüber gespottet, dass der Bundesrat die schweizerischen **Wirtschaftsverbände** um ihre Stellungnahme zum französischen Memorandum über eine europäische Staatenunion angefragt hat und glaubt, eine solche Angelegenheit gehöre nur vor das Parlament. Da wir anerkennen, dass

die Wirtschaftsverhältnisse einen überragenden Einfluss auf die Politik ausüben, und da wir gerade auch im vorliegenden Fall der Auffassung sind, dass die Tendenz zur Zusammenarbeit Europas wirtschaftlichen Ursprung hat, so betrachten wir es als selbstverständlich, dass die grossen wirtschaftlichen Spitzenorganisationen ihre Meinung dazu zu äussern haben. Wir möchten auch mit aller Deutlichkeit erklären, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund immer und immer gefordert hat, dass er in allen wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen seinen Einfluss geltend machen kann. Und zwar verlangt er, dass er nicht erst dann begrüsst wird, wenn die Frage im Parlament schon erledigt ist, sondern er fordert ein Mispracherecht schon im Stadium der vorparlamentarischen Beratung, wie das übrigens den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in andern Ländern schon längst zugebilligt wird.

\*

Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, oder wenigstens seine Vertreter, empfinden eine schreckliche Angst vor der Statistik, ganz besonders vor der Lohnstatistik, aber auch vor allen andern statistischen Erhebungen, die etwas Licht in das Dunkel der Unternehmerpolitik bringen könnten. Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 28. Juni enthält einen langen Leitartikel gegen den internationalen Vergleich der Reallöhne, wie er vom Internationalen Arbeitsamt seit längerer Zeit schon durchgeführt wird. Unter den «Gefahren», die solche statistische Erhebungen in sich schliessen sollen, wird erwähnt:

«Es ist ja bekannt, dass der klassenkämpferische Internationale Gewerkschaftsbund die Wirtschaftsstatistik als eine vorbereitende Massnahme der Sozialisierung betrachtet und darum intensiv zu fördern sucht.»

Das ist schon beinahe krankhaft, wenn die Statistik bekämpft wird, weil sie der Vorbereitung der Sozialisierung diene. Vielleicht könnte eine psychoanalytische Behandlung dieses Antistatistik-Komplexes Heilung bringen.

Die Motive sind ja durchsichtig genug. Es heisst am Schluss des erwähnten Artikels, die Verbände der Arbeitgeber «schenken der Lohnstatistik alle Aufmerksamkeit und suchen sie zu einem möglichst zuverlässigen Instrument zu machen, das den Mitgliedern wertvolle Dienste leistet». Die Statistik soll einzig im Interesse der Unternehmer verwendet werden können. Die Arbeiterschaft und die Oeffentlichkeit sollen nichts wissen davon, was innerhalb der Fabrikmauern vor sich geht.

Wir hoffen, es werden sich auch die schweizerischen Unternehmer mit der Zeit daran gewöhnen, dass sich die Arbeiter nicht mehr als ein Stück totes Betriebsinventar behandeln lassen, sondern dass sie das Recht für sich beanspruchen, über die Betriebs- und allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse objektiv orientiert zu werden.